Freitag, 2. Juni 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 1 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 257

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré.

Die Stimmung in der Kammer.

„Poincaré als Ludwig XIV."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 2. Juni.

Nach dem „Petit Parisien" soll die Aussicht vorhanden sein, daß Poincaré mit Lloyd George am 19. Juni in Chequers eine Zusammenkunft haben wird.

Der Ministerpräsident Poincaré hat gestern in der Kammer vier Stunden lang gesprochen, um auf alle Interpellationen zu antworten. Er hat den Beifall der Kammermehrheit erlangt und wird heute sein Vertrauensvotum erhalten; aber wer aus diesen beiden Tatsachen die Folgerung ziehen wollte, daß diese lange Rede auch einen großen Sieg bedeute, der wäre im Irrtum. Die Kritik der Zeitungen zeigt, in welchem Sinne der Eindruck dieses langen Plaidoyers gedeutet werden muß. Die Regierungspresse lobt die Festigkeit der Worte und das Geschick, mit dem Poincaré die Sache Frankreichs gegen England verteidigt habe. Die Blätter der Linken glauben, daß der Ministerpräsident seit Barthou viel Wasser in seinen Wein gegossen hat, daß er mit einem gewaltigen Aufwand von Worten zwei Rückzüge beschönigt: er denkt nicht mehr an die Besetzung des Ruhrgebiets, und er denkt bereits sehr stark an die Reise nach dem Haag. Die Presse der gemäßigten Opposition findet, daß die Rede sehr banal gewesen sei, und spottet über die Behauptungen Poincarés, der Welt zu beweisen, daß seine guten Absichten für den Frieden so schmählich verkannt würden. Eine Stelle der Rede wird sogar in den Kreisen der Regierungsfreunde diskret belächelt: Poincaré spricht von der Tagesordnung des Sozialisten Marcel Sembat und wendet sich erbittert gegen die Leute, welche die Regierung angeblich diskreditieren, obgleich sie in den Augen der ganzen Welt die Nation bedeute. Der Deputierte Lapont ruft dazwischen: „Sie sind nicht Frankreich! Wissen Sie das so genau?" Das Schweigen, das auf diese Frage folgte, wird nur durch eine kurze Antwort unterbrochen, die von links kommt: „Ganz genau!" Dieses kleine Zwischenspiel macht viel Vergnügen. „Poincaré als Ludwig XIV.", schreibt eine Zeitung mit einer Anspielung auf das Wort des Sonnenkönigs „L'état c'est moi"! Tardieu, der die Rede eine Advokatenleistung nennt und die Hoffnung ausspricht, daß die Politik Frankreichs bald wieder aus der Gerichtsstube ins freie Leben gelangen möge, gibt eine Erklärung dafür, weshalb er und die übrigen Herren vom nationalen Block ohne Bedenken für Poincaré stimmen werden: „Ich stimme gegen Cachin und gegen Herriot — gegen die Kommunisten und gegen die Radikalen." Dies ist tatsächlich die Meinung der nationalen Majorität, der die Worte des Ministerpräsidenten viel zu vorsichtig waren. Erst am Schlusse zog Poincaré kräftigere Töne auf, die aber auch nicht an die Fanfaren von Bar-le-Duc erinnern. Am Anfang war er matter und unsicherer als gewöhnlich; man merkte ihm den Zwang an, den er sich aus Rücksicht auf die Entspannung der öffentlichen Meinung auferlegen mußte.

Heute wird im Namen der Radikalen Herriot dem Ministerpräsidenten antworten. Die „Ere Nouvelle", das Organ der neuen Liga der Republikaner, deutet an, daß er die Politik des Blocks der Linken gegenüber dem Präsidenten des nationalen Blocks resümieren werde; aber wer Herriot kennt, weiß, daß es nicht so schlimm werden wird. Poincaré ist des Vertrauens seiner Mehrheit sicher; er darf noch ein Weilchen — Frankreich sein.

Die französische Regierung wird, wie verlautet, heute der italienischen Regierung auf die Einladung nach dem Haag antworten und zugleich in einem Memorandum ihre Anschauungen über das Verhältnis zu Sowjetrußland darlegen. Dieses Memorandum soll allen Mächten übersandt werden, die an der Konferenz von Genua teilgenommen haben.

Um die deutsche Schule in Nordschleswig.

Dänische Minderheitenpolitik.

Von [Nachdruck verboten.]

Studiendirektor **R. Traut.**

Vorgestern ist das deutsch-dänische Abkommen „über die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen" vom Reichstage und gestern vom Reichsrat verabschiedet worden. Darin sind alle möglichen Fragen geregelt worden, nicht aber die Schulfrage. Welche Bedeutung aber gerade dieses kulturelle Problem für das Deutschtum hat, geht aus dem folgenden Artikel eines Sachkundigen hervor. Die Redaktion.

Wenn man den Vernichtungssturm des polnischen Chauvinismus gegen die deutschen, jüdischen und anderen Minderheiten erlebt hat, so ist man versucht, die Lage der deutschen Bevölkerung in dem heute dänischen Nordschleswig in rosigem Lichte zu sehen. In der Tat sind dort die Deutschen, sehr zum Unterschied von ihren Schicksalsgenossen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien, in einen geordneten Staat gekommen, der von einem Kulturvolk getragen ist und ein entwickeltes Wirtschaftsleben aufweist. In Tingleff und Tondern, in Apenrade und Hadersleben, das heißt im Lebenskreis der dortigen deutschen Bevölkerung, zeigen sich aber die Lage der Deutschen und die Minderheitenpolitik der Dänen in einem ganz anderen Lichte, als die liberalen dänischen Gesetze und Beteuerungen sie aus der Entfernung erscheinen lassen möchten.

Das Minderheitenproblem ist in Nordschleswig anders gelagert als in den übrigen Grenzgebieten. Die Gesamtbevölkerung wird nicht durch volkliche oder religiöse Gegensätze reinlich geschieden. Sie ist im Verhältnis zu den Reichsdänen eigentlich als geschlossene sprachliche Minderheit zu betrachten, da die plattdänische Umgangssprache der reichsdänischen Sprache fremder ist als das Plattdeutsche dem Hochdeutschen. Die Umgangssprache der heimdeutschen sowie der dänischen Bevölkerung ist meist plattdänisch. Die Scheidung, hie Dänisch, hie Deutsch, beruht auf der Willensentschließung des einzelnen, die durch seelische Zustände, kulturelle Einflüsse und wirtschaftliche Einstellung bestimmt wird. Nirgends sind in der Trennung der Nationalitäten mehr Imponderabilien zu beachten.

Auf Grund dieser Tatsachen glaubte der bekannte Dänenführer H. P. Hanssen, daß das Deutschtum in Dänemark „wie ein alter Rock verrotte" und seine Aufsaugung nur eine Frage der Zeit sei. Es ist auffallend, daß der sonst so kluge Dänenführer weder die geschichtlich nachweisbare Anziehungskraft der deutschen Kultur, noch das zähe Beharrungsvermögen des Volksschlages seiner Heimat in diese politischen Berechnungen eingestellt hat. Die Dänen zeigten denn auch der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs gleich nach der Besitzergreifung des Gebietes, daß die planmäßige Aufsaugungsmethode von der liberalen Fassade nur geschickt verdeckt werden sollte. Die Absichten der Dänen äußerten sich sofort auf kulturellem Gebiete.

Die Behandlung der Schule der sprachlichen Minderheit ist für jeden Staat der Prüfstein seiner Toleranz. Die erste Tat der dänischen Regierung aber war der schonungslose Umsturz des Schulwesens. Seine Neuregelung wurde zwar gesetzlich festgelegt, doch waren die Gesetze, und vor allem ihre Ausführungsbestimmungen der Bevölkerung, ja selbst den dänischen Beamten der ersten Zone noch kaum bekannt, als in der Erregung der nationalen Leidenschaft das neue dänische Schulwesen ganz auf Kosten der deutschen Schule aufgebaut wurde. In sehr geschickter Weise legte der Staat die Lösung der Schulfragen in die Hände der lokalen Schulkommissionen. In ihnen wird die deutsche Minderheit in der Regel von den Dänen überstimmt. Mit den bekannten Mitteln der behördlichen Beeinflussung suchen außerdem die dänischen Amtsschulkonsulenten, mit wirtschaftlichen Bedrohungen suchen die dänischen Arbeitgeber die deutschen Eltern von dem Antrag auf Einrichtung selbständiger deutscher Schulen fernzuhalten. Wenn zurzeit etwa dreitausend Volksschulkinder in deutscher Unterrichtssprache unterrichtet werden, so ist das knapp ein Drittel der deutschen Jugend, die Anspruch auf deutsche Beschulung hat. Es ist ein starkes Stück von H. P. Hanssen, auf diese trostlosen Beschulungsverhältnisse eine Bevölkerungsstatistik aufzubauen, die das Deutschtum Nordschleswigs seit der Abstimmung von 25 Prozent auf 11,75 Prozent zusammenschmelzen läßt. Die Abwanderung deutscher Leute aus der ersten Zone wird durch die Zahl derer reichlich aufgewogen, die aus Gleichgültigkeit, Verschüchterung oder Empörung zu ihrem Deutschtum zurückgefunden haben. Das erwähnte statistische Kunststück beweist, daß die Vergewaltigung der Minderheit auf dem Schulgebiet zur Fälschung der politischen Verhältnisse und der öffentlichen Meinung verleiten kann.

Wenn der dänische Staat die deutsche Bevölkerung wirklich liberal behandeln wollte, so hätte er das von ihr beanspruchte Recht auf selbständige deutsche Schulkommissionen nicht verweigert und das Ansuchen auf eine deutsche Schule nicht mit kleinlichen Antragsformeln verbarrikadiert, sondern das Vorhandensein einer bestimmten deutschen Schulkinderzahl innerhalb eines begrenzten Bezirkes zur Grundlage der deutschen Schule gemacht. Die Dänisierung sämtlicher höheren Lehranstalten Nordschleswigs sowie andere national überhitzte Maßnahmen der land- und volksfremden reichsdänischen Beamtenschaft liefern ein betrübliches Beweismaterial für das Bestreben der Dänen, „reines Land" zu machen.

Dänemark hat aus der Hand der Entente Teile Nordschleswigs genommen, die bei der Abstimmung eine

Ein Handschreiben der Exkönigin Zita an Horthy.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

L. Wien, 2. Juni.

Exkaiserin Zita will, wie ich aus der Madrider Umgebung der Exkaiserin erfahre, unmittelbar nach der Wiederherstellung von ihrer in Kürze bevorstehenden Niederkunft nach der Schweiz zurückkehren, um von dort aus ihre politischen Pläne, die durch den Tod des Exkaisers keineswegs gestört, sondern nur der veränderten Sachlage angepaßt worden sind, fortzuspinnen. Das Gesuch an den Schweizer Bundesrat, ihr und ihren Kindern die Rückkehr nach der Schweiz auf das Gut ihrer Mutter gehörige Schloß Wardegg zu gestatten, soll bereits vorbereitet. Die Exkaiserin hat sich zum Teil mit neuen politischen Beratern umgeben, nachdem sich die früheren Berater des Exkaisers, Baron Schonta und Hauptmann Weckmann nach Loser bei Salzburg begeben haben, von wo sie sonderbarerweise trotz der gegen sie gerichteten Ausweisungsbestimmungen von der Regierung nicht entfernt worden sind. Gemeinsam mit ungarischen Politikern hat nun Graf Hunyady, der Hauptberater der Exkaiserin, den Aktionsplan für die nächste Zeit festgestellt. Im Mittelpunkt dieses Aktionsplanes steht ein Handschreiben der Exkönigin an den Reichsverweser Horthy. In dem Handschreiben teilt Zita dem Reichsverweser mit, daß sie sich auch wie vor als gekrönte Königin von Ungarn betrachte und so lange in die Rechte des verstorbenen Königs eintrete, bis ihr minderjähriger Sohn Otto, über den sie gemeinsam mit dem Bruder des Verstorbenen, Max, die Vormundschaft führe, alt genug sei, um den Thron zu übernehmen. Sie verlange mit das Recht für ihren minderjährigen Sohn, die Herrscherrechte auszuüben, sobald sich ihr die Möglichkeit zur Ausübung dieser Rechte biete. Dieses Handschreiben hätte schon vor drei Wochen dem Reichsverweser Horthy durch den Bruder der Königin, den Prinzen Sixtus von Parma, überreicht werden sollen. Prinz Sixtus, der in Gemeinschaft mit seinem Bruder René mit einer Prinzessin von Braganza, mit einem falschen Lichtensteiner Paß reiste, ist jedoch auf der Fahrt nach Budapest in den österreichischen Behörden angehalten worden, die ihm die Durchreise mit der Begründung verweigerten, daß er während des Krieges gegen das Interesse Deutschlands gehandelt habe. Das Handschreiben soll inzwischen von dem Grafen Joseph Karolyi dem Reichsverweser überreicht worden sein. Der Reichsverweser ist von der neuen Aktion der Exkönigin auf das unangenehmste berührt, weil er die Stellungnahme der gekrönten Königin der ungarischen Nation auf die Dauer nicht vorheimlichen kann. Er sowohl wie Graf Bethlen suchen nach einem Kompromiß, das darin bestehen soll, daß Horthy bis zur Großjährigkeit Ottos endgültig mit der Reichsverweserschaft betraut wird.

Nach den Plänen der Exkaiserin soll aber auch die legitimistische Bewegung in Oesterreich den geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Einer französischen Anregung entsprechend, soll eine großösterreichische Partei gegründet werden, die alle legitimistischen Gruppen umfaßt und in der zunächst der Gedanke der Legitimität hinter dem großösterreichischen Gedanken und dem sich aus diesem Gedanken ergebenden Kampf gegen die Anschlußidee zurücktreten soll. Ihren Hauptsitz soll die Partei in Salzburg haben, wo sich bereits viele getreue Legitimisten versammelt haben. Man will den gewesenen Erzherzog Eugen bewegen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Träger dieser Idee sind der gewesene Minister Graf Clam-Martinic, Fürst Schönburg, Herr v. d. Wense u. a. Publizistisch soll diese Idee dadurch gefördert werden, daß einer der Barone des Exkaisers, ein gewisser Andreas Veitschberger, die Blätter des Verlages Eeltemühl erwirbt und sie unter der Leitung eines Herrn Hermann Bessemer diesem Gedanken dienstbar macht. Die Vorarbeiten für diese Organisation der großösterreichischen Partei sind bereits durchgeführt. Engste Verbindung soll die Partei mit den Kroaten und einem Teil des tschechischen Adels nehmen. Die wohlwollende Förderung durch maßgebende französische Kreise soll der Partei gesichert sein.

Skirmunts Bericht über Genua.

Schöne Worte für Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 2. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Sejm erstattete Skirmunt Bericht über die Konferenz von Genua, ohne dabei wesentlich mehr zu sagen, als in früheren Interviews. Die Rechte ist befriedigt von der Betonung der engen Freundschaft mit Frankreich und der von Skirmunt ausgesprochenen Auffassung, daß die Entente in der Frage der polnischen Ostgrenzen lediglich die polnische Regelung zu sanktionieren habe. Im allgemeinen findet aber auch die hiesige Presse Skirmunts Auffassung von einem Erfolg Polens in Genua reichlich optimistisch. Skirmunt sprach auch von den bevorstehenden deutsch-polnischen Besprechungen, deren Möglichkeit er durch Verhandlungen mit den deutschen Vertretern in Genua festgestellt habe. Skirmunt drückte seine Freude hierüber aus und sagte, Deutschland werde in Polen stets einen zu normalen Zusammenwirken bereiten und aufrichtig und loyal für die Entwicklung korrekter und friedlicher Nachbarbeziehungen tätigen Nachbarn finden.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Morgen Austausch der Ratifikationsurkunden.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-polnischen Abkommen wird, wie wir hören, voraussichtlich morgen in Oppeln zwischen dem deutschen Bevollmächtigten Eckardt und dem polnischen Minister des Aeußern Seyda erfolgen. Die Notifizierung der Grenzziehung durch die interalliierte Kommission ist bisher zwar noch nicht erfolgt, jedoch in Kürze zu erwarten. Auch das Räumungsabkommen ist noch nicht völlig fertiggestellt.

Von der interalliierten Kommission ist dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln erklärt worden, die vom internationalen Gerichtshof in Oberschlesien Verurteilten würden bei der Räumung Oberschlesiens in außerdeutsche Gefängnisse überführt werden. Gegen diese Forderung hat der deutsche Vertreter sofort Protest erhoben. In den weiteren Verhandlungen, die sich anschlossen, teilte die interalliierte Kommission mit, daß die letzte Entscheidung in dieser Frage bei den einzelnen Kabinetten in London, Rom, Paris usw. liege. Zu den Verurteilten, die in Betracht kommen, gehören nicht nur die aus Anlaß des Petersdorfer Falles Betroffenen, sondern u. a. auch die Mörder des französischen Major Montalègre.

Einigungsbewegung in China.

(Telegramm.)

London, 2. Juni. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Peking, daß das chinesische republikanische Parlament, das seit 1917 nicht mehr getagt hat, sich in Tientsin versammelt und ein Programm annahm, das auf die Einigung Chinas hinzielt. Dieses Parlament hat die Präsidentschaft Chinas dem früheren Präsidenten Liyuanhung angeboten, der den Posten jedoch abgelehnt hat.